Die
Posener Zeitung
erscheint täglich mit Ausnahme
Montags.
—
Bestellungen
nehmen alle Post-Anstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das
Abonnement
beträgt vierteljährl. für die Stadt
Posen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf., für
ganz Preußen 1 Rthlr. 17 sgr.
—
Insertionsgebühren
1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene
Zeile.

№ 215. Sonnabend den 14. September. 1850.

Inhalt.

Berlin, den 13. September. Se. Königl. Hoheit der Prinz Albrecht und Ihre Königl. Hoheit die Prinzessin Alexandrine, Kinder Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Albrecht, sind nach Frankfurt a. M. abgereist.

Se. Hoheit der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha ist, von Gotha kommend, nach Neustadt-Eberswalde hier durchgereist.

Berlin, den 10. September. Se. Großherzogl. Hoheit der Prinz Karl von Hessen und bei Rhein nebst Höchstdessen Gemahlin der Frau Prinzessin Königl. Hoheit sind gestern Abend von Schloß Fischbach hier eingetroffen und im Königlichen Schlosse, in den Gemächern Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Preußen, abgestiegen.

Berlin, den 11. September. Se. Großherzogl. Hoheit der Prinz Karl von Hessen und bei Rhein nebst Höchstdessen Gemahlin sind heute früh von hier nach Darmstadt abgereist.

Politischer Rückblick.

Deutschland ist noch immer in der Krisis begriffen. Die Aussichten, welche sich zu einer nahen Ausgleichung der zwischen Preußen und Oesterreich obschwebenden Differenzen eröffnet hatten, sind wieder etwas in die Ferne gerückt. Preußen hat im Verein mit den ihm verbündeten Staaten zur Freude von ganz Deutschland, die Beschickung des Oesterreichischen Bundestages aufs Entschiedenste abgelehnt, und beharrt auf seiner Forderung, die Deutsche Angelegenheit durch eine freie Berathung sämmtlicher Deutschen Regierungen entscheiden zu lassen. Dessen ungeachtet tagt der am 1. d. Mts. in Frankfurt zusammengetretene „engere Rath," von dessen Verhandlungen übrigens noch Nichts in die Oeffentlichkeit gelangt ist, fort, und Oesterreich scheint bisher noch nicht geneigt zu sein, den Forderungen Preußens auch nur im Geringsten nachzugeben. Die Russische Diplomatie hat es übernommen, beide Parteien mit einander auszusöhnen; zu welchem Zwecke zwischen dem Grafen Nesselrode und dem Oesterreichischen Premier-Minister Fürsten Schwarzenberg in Ischl, wo der Oesterreichische Kaiser sich im Bade aufhält, diplomatische Conferenzen statt gefunden haben. Ueber das Resultat derselben ist noch nichts Näheres bekannt, doch darf man hoffen, daß das Russische Cabinet seinen Einfluß dahin geltend machen wird, Oesterreich zur Nachgiebigkeit zu bestimmen; so viel über die Absichten des Preußischen Cabinets verlautet, ist dasselbe auf alle Eventualitäten hin entschlossen, auf seinem guten Rechte entschieden zu verharren.

Die Gerüchte, welche über das Ausscheiden Nassau's, Braunschweig's und Mecklenburg's aus dem Preußischen Unionsverbande verbreitet waren, haben sich glücklicher Weise nicht bestätigt; die energische Antwort, welche sämmtliche Unionsstaaten auf die Einladung Oesterreichs zur Beschickung des engern Bundesrathes nach Frankfurt haben gelangen lassen, beweist am schlagendsten, wie wenig die Intriguen Oesterreichs es vermocht haben, das feste Band der Union zu lockern. Preußen wird das Recht zur Union nimmer aufgeben, wenn auch die Ungunst der gegenwärtigen politischen Verhältnisse die definitive Verwirklichung derselben noch hinausschieben sollte. Ueber diesen letzten Punkt scheinen die Ansichten im Ministerium getheilt; während Herr v. Manteuffel für ein schnelles Vorgehen der Preußischen Politik sich entscheiden möchte, räth die Partei, die Herrn v. Radowitz folgt, zum Abwarten. Das Fürsten-Collegium setzt seine Sitzungen ununterbrochen fort und bereitet noch immer die wichtigsten Gesetze für die Union vor, von denen namentlich in der letztern Zeit das Gesetz zum Schutz der Auswanderung einem lange gefühlten Bedürfnisse abzuhelfen verspricht. Das Preußische Kabinet gewinnt durch sein Festhalten an der Deutschen Sache immer mehr Sympathien im Volke, und es kann nicht ausbleiben, daß die Ueberzeugung in Deutschland immer allgemeiner wird, daß Preußen der einzige Anker aller Deutschen Hoffnungen ist. Auch in der Schleswig-Holstein-Dänischen Angelegenheit hat sich der Deutsche Sinn des Preußischen Cabinettes Oesterreich gegenüber aufs Glänzendste bewährt. Während das Letztere sich doch endlich zur Unterzeichnung des Londner Protokolls vom 2. August, wodurch die unauflösliche Verbindung der Deutschen Herzogthümer Schleswig-Holstein mit dem Dänischen Staate festgestellt und die Ohnmacht Deutschlands verewigt ist, hat bewegen lassen, verharrt Preußen bei seinem Proteste dagegen, und hat auch das wiederholte Ansinnen des Engl. Kabinets, die Schleswig-Holsteiner zu entwaffnen, und dadurch dem Kriege ein Ende zu machen, mit Entrüstung zurückgewiesen. Die Ratification des Dänischen Friedens ist nunmehr von Seiten fast aller Unionsstaaten erfolgt; die Absicht Oesterreichs, dieselbe durch den engern Rath bewirken zu lassen, dürfte daher um so eher als vereitelt zu betrachten sein, da das Dänische Cabinet sich mit der Ratification durch die einzelnen Deutschen Regierungen einverstanden erklärt hat.

Vom Kriegsschauplatz in Schleswig-Holstein werden fast täglich, zum Theil sehr ernste und blutige Vorpostengefechte gemeldet, welche auf eine nahe bevorstehende Hauptschlacht schließen lassen. Wenigstens geht aus den häufigen Recognoscirungen und Plänkeleien, welche von Seiten der Schleswig-Holsteinschen Armee angestellt werden, unzweifelhaft hervor, daß das Oberkommando einen baldigen entscheidenden Schlag beabsichtigt, und die wiederholten Herausforderungen und Neckereien dürften die Dänen doch endlich bewegen, aus ihren Verschanzungen hervorzukommen und die angebotene Schlacht, vor der sie sich bisher zurückgezogen haben, anzunehmen. Von den in der letzten Zeit vorgefallenen Vorpostengefechten nennen wir die bei Duvenstedt, bei Holzbungen, Hummelfeld, Kropp und Gosefeld. Die Stellung der beiderseitigen Heere ist ziemlich dieselbe geblieben, wie nach der Schlacht bei Idstedt. Die Dänen haben ihr Centrum noch immer in Schleswig, der rechte Flügel reicht bis Friedrichstadt, der linke bis Eckernförde; die Schleswig-Holsteinsche Armee ist bei Rendsburg concentrirt, und zieht sich am Sorgeflusse entlang. Die Stellung der Dänen ist insofern eine ungünstige, als die ungeheure Ausdehnung ihrer Vertheidigungslinie ihre Kraft zu sehr zersplittern würde. Der General v. Willisen hat die Waffenruhe seit der Schlacht von Idstedt zur Verstärkung und bessern Organisirung der Armee redlich benutzt, und dieselbe ist auch sowohl durch zahlreiche Freiwillige aus Deutschland, als auch durch Aushebung der neunzehnjährigen jungen Mannschaft so bedeutend vergrößert worden, daß sie der Dänischen Armee kaum um 5000 Mann nachstehen dürfte.

An Geldunterstützungen sind bis jetzt aus Deutschland 230,000 Thaler eingegangen, der Zuschuß von Freiwilligen dauert fort. Am 9. d. M. ist in Kiel die Landesversammlung zusammengetreten, um die Mittel zur Führung des Krieges zu bewilligen. Das Gerücht von einer Englisch-Russischen Intervention zu Gunsten Dänemarks hat sich noch nicht bestätigt. Einige Englische Mitglieder des Friedens-Congresses haben den Versuch gemacht, die kriegführenden Parteien zu bewegen, ihre Sache durch ein Schiedsgericht entscheiden zu lassen; sie dürften aber wohl schwerlich Gehör finden. Mit dem 1. September sind die bisherigen Zollschranken zwischen Dänemark und Schleswig aufgehoben worden. Die Klagen über die furchtbare Tyrannei der Dänen in Schleswig dauern fort.

In Preußen haben überall die Herbst-Manövers stattgefunden; die zu Berlin abgehaltenen, denen Sr. Majestät der König beiwohnte, erlitten durch zahlreiche Erkrankungen der Soldaten eine Störung, und mußten abgekürzt werden. Im Ministerium ist der Entwurf zu einem neuen Preßgesetz ausgearbeitet worden, der nächstens den Kammern zur Berathung unterbreitet werden soll. Die Wahlen im Gemeinderath sind in Berlin durchweg konservativ ausgefallen, in Folge dessen der König sich, auf Bitten einer Deputation, entschlossen hat, seine Residenz wieder in Berlin zu nehmen. Die Energie, welche Preußen in der deutschen Angelegenheit entwickelt hat, hat ihm den Beifall aller Parteien in Deutschland, mit Ausnahme der österreichisch gesinnten Kreuzzeitungs-Partei, die Preußen an Oesterreich verrathen möchte, erworben. Der Minister des Innern hat seine Inspektionsreise nach den Rheinprovinzen angetreten. Die Cholera macht in Berlin noch immer Fortschritte.

In Sachsen sind, mit Bewilligung der dienstbaren Kammern, die politischen und Preßprozesse den Schwurgerichten entzogen und den Justizbehörden wieder übertragen worden. Die Preßbeschränkungen sind so sehr verschärft worden, daß sich die Zeitungen nicht mehr ungefährdet eine Kritik über die Kammerbeschlüsse erlauben dürfen.

Baiern ist darauf bedacht, sein Kriegsmaterial bedeutend zu vermehren. In München ist die Lieferung von 20000 Infanterie-Säbeln und 30,000 Perkussions-Gewehren bestellt worden. Der König Otto von Griechenland, der in Ischl den Kaiser von Oesterreich besucht hat, wird in München erwartet. Bei Aschaffenburg steht noch immer ein bedeutendes Observations-Korps.

In Hessen-Kassel hat der ominöse Minister Hassenpflug die Sache bis auf den äußersten Punkt getrieben, und sich nicht gescheut, die Verfassung offen zu verletzen. Die kaum zusammengetretenen Kammern wurden aufgelöst, weil sie eine Mißtrauens-Adresse gegen das Ministerium an den Kurfürsten gerichtet, und, da derselben nicht Folge gegeben wurde, die direkten Steuern verweigert hatten. Hassenpflug hat sich aber dadurch keineswegs beirren lassen, sondern hat sogar selbst das Finanz-Ministerium (!) übernommen, hat über das entrüstete Land den Belagerungszustand verhängt, hat die Forterhebung der Steuern angeordnet und droht, dieselben durch Militär-Exekution beizutreiben. Sowohl der ständische Ausschuß der Kammern, als auch sämmtliche Behörden des Landes, haben sich entschieden gegen Hassenpflugs Gewaltmaßregeln erklärt; der erstere hat dem Ober-Staatsprokurator sofort eine Anklage gegen die Minister übergeben, in Folge deren ein Antrag auf die Verhaftung derselben bereits vom Ober-Staatsprokurator angeordnet ist, nachdem der Staatsprokurator es abgelehnt hatte, einen solchen zu stellen. Eine Intervention Baierns von Aschaffenburg aus, die auf Ansuchen des meineidigen Ministers vom engern Rath in Frankfurt verfügt sein soll, dürfte Preußen schwerlich dulden, weil es dadurch von Baden gänzlich abgeschnitten würde.

Der Kaiser von Oesterreich befindet sich noch im Bade in Ischl. Welche Folgen der daselbst abgehaltene russische Diplomaten-Kongreß für die österreichische Politik haben wird, läßt sich noch nicht vorhersehen, da über die Verhandlungen und Beschlüsse desselben nur Muthmaßungen herrschen. In Wien wird eine Riesen-Petition an den Kaiser, wegen Aufhebung des Belagerungszustandes, vorbereitet. Die Gemeinderaths-Wahlen in Prag haben den Sieg der sogenannten Mittelpartei, welche die czechischen und deutschen Extreme zu versöhnen trachtet, zur Folge gehabt. Für das Königreich Dalmatien ist das organische Gemeinde-Statut publizirt worden.

Für Frankreich dürfte der am 26. August in Claremont in England erfolgte Tod des Exkönigs Ludwig Philipp nur insofern eine Bedeutung haben, als dadurch die Hoffnung auf eine Versöhnung der beiden bourbonischen Linien, zu welcher der verstorbene König hinneigte, für's Erste vereitelt worden ist, und die orleanistische Partei von jetzt ab selbstständig ihre Pläne verfolgen dürfte. Ludwig Napoleon ist sehr verstimmt von seiner Reise durch den Elsaß nach Paris zurückgekehrt, weil er sich überzeugt hat, wie wenig Anklang sein Streben nach der Kaiserkrone im Volke findet. Er hat die Departemental-Räthe, eine Art Provinzial-Landtage, zusammenberufen, um ihre Ansichten in Betreff einer von ihm gewünschten Revision der Verfassung zu vernehmen; von den 86 Departemental-Räthen haben sich 47 bis jetzt für dieselbe ausgesprochen. Das Streben Napoleons geht fürs Erste nur dahin, eine Verlängerung seiner Präsidentur, die mit dem Jahre 1852 zu Ende geht, zu bewirken. Von seiner Reise nach Cherbourg, zur Inspizirung der Flotte, ist er noch nicht zurückgekehrt. Der Legitimisten-Kongreß in Wiesbaden hat mit einer ernsten Spaltung dieser Partei geendigt.

Aus England wird über die Reise des königlichen Paares in Schottland berichtet. Von Dover nach Calais ist ein unterseeischer Telegraph gelegt worden. Der österreichische Feldzeugmeister Haynau hat in London nicht die freundliche Aufnahme gefunden, wie in Berlin; sogar die hohe Aristokratie suchte ihm auszuweichen, und die niedere Bevölkerung ließ sich durch den Anblick des Eroberers von Ungarn sogar zu sehr unangenehmen Demonstrationen gegen ihn hinreißen. Die Polizei mußte den mit Koth Beworfenen in einer Deportations-Galeere auf der Themse in Sicherheit bringen.

In Sardinien geht der kirchliche Konflikt mit Rom seiner nahen Ausgleichung entgegen. Die Regierung hat eine Deputation, mit Pinelli an der Spitze, nach Rom geschickt, welche mit dem römischen Stuhle in der Art übereingekommen ist, daß dieser das Siccardi'sche Gesetz anzuerkennen, dagegen die Regierung den gefangenen Erzbischof Franzoni in Freiheit zu setzen sich bereit erklärt hat. Nur eine Partei im Kardinals-Kollegium ist noch gegen die Anerkennung des ihr verhaßten Siccardi'schen Gesetzes, man hofft aber, den Widerstand derselben zu besiegen.

Der Großherzog von Toskana ist endlich aus Oesterreich nach Florenz zurückgekehrt.

Im Königreich Neapel herrscht in Folge der Aufhebung der Konstitution noch immer die größte Bestürzung und Verwirrung. Es finden noch immer Verhaftungen aus den ersten Familien des Landes statt. Neulich haben sieben Generäle ihre Entlassung erhalten, und der reichere Theil der Bevölkerung schickt sich zur Auswanderung an.

In Griechenland ist ein neues antiliberales Ministerium an's Ruder gekommen.

Die Donaufürstenthümer behalten ihre russische Besatzung: die Wallachei 7000, die Moldau 6000 Mann.

Deutschland.

☾ Berlin, den 11. Septbr. Herr von Manteuffel wird nun, wie er selbst erklärt hat, morgen Abend Berlin verlassen, jedoch nicht länger als 10, höchstens 14 Tage abwesend sein, da wichtige Dinge bevorstehen und seine Anwesenheit erheischen. — Der Weg, den der Herr Minister nach der Rheinprovinz einzuschlagen gedenkt, wird ziemlich geheim gehalten, jedoch weiß man bereits, daß er von hier nicht direkt nach Frankfurt a. M. gehen, sondern zuvor noch einen kleinen Abstecher machen wird.

Unser Minister des Auswärtigen, Herr v. Schleinitz, befindet sich schon längere Zeit im Bade zu Ostende. Seit seiner Abreise sind ihm weder Mittheilungen über den Stand der Dinge zugegangen, noch hat er sich über den Ausfall der im Staatsministerio gepflogenen Verhandlungen, und diese waren doch in letzter Zeit bei dem häufigen Notenwechsel sehr lebhaft, Berichte erstatten lassen. — Man zieht hieraus den Schluß, daß unsre Regierung jetzt eine andre Politik einzuschlagen Willens sei, und daß das System des Herrn v. Radowitz, welches seither nur Geltung gehabt, seine Endschaft erreicht habe.

Der bisherige Redakteur der „Deutschen Reform", Dr. Hahn, tritt bekanntlich von der Redaktion zurück, weil er eine Anstellung im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten erhalten hat. Herr Hahn war bereits Hülfsarbeiter im Cultusministerio und vertrat den Geh. Rath Stiehl während der Kammer-Sitzungen und auch während dessen Rundreise durch Westfalen ꝛc. Auch Dr. Hersch, der früher die „Neuesten Nachrichten", ein Blatt, das vom Wohl- und Hülfsverein sehr protegirt wurde, redigirte, hat eine Anstellung im Ministerio des Innern gefunden.

Hiesige Blätter brachten jüngst die Nachricht, es sei davon die Rede, die Verwaltung des Opern- und Schauspielhauses in andere Hände übergehen zu lassen, oder mit andern Worten, die Theater sollten aufhören, Königliche zu sein. Personen, die gewöhnlich gut unterrichtet sind, stellen einen derartigen Plan geradezu in Abrede, geben aber zu, daß es in den Wünschen des Kultusministers liege, die Leitung der Theater in seine Hände zu bekommen. Bekanntlich hat Franz Kugler schon vor Jahren einen derartigen Plan ausgearbeitet, er blieb aber im Kultusministerio liegen, weil er weder den Beifall des Königs, noch den des Ministers des Königlichen Hauses, Fürsten Wittgenstein, hatte. So lange der Fürst lebt, ist an einen Verwaltungswechsel nicht zu denken.

Die Zahl der Candidaten für unsere Oberbürgermeisterei mehrt sich von Tage zu Tage und ganz neuerdings hat sie noch einen Zuwachs in der Person des Herrn v. Minutoli erhalten. Es bedarf wohl kaum der Erwähnung, daß von Aussichten jetzt noch gar nicht die Rede sein kann, aber am wenigsten möchten die Ihnen schon genannten Herren jemals solche zu diesem Posten haben. Unsre Ge-

meindeverordneten kümmern sich, kaum gewählt, noch nicht um den künftigen Oberbürgermeister; sie werden dann erst an dessen Wahl denken, wenn ihre Versammlungen beginnen, und wie ich höre, wird die erste in nächster Woche Statt finden. Von einzelnen Gemeindeverordneten ist mir gesagt worden, daß sie nur für Naunyn stimmen würden; an Männer, wie v. Patow, Grabow, Krausnick rc. dächten sie, und mit ihnen gewiß auch ihre Kollegen, nicht im Entferntesten. — Als Gemeindeverordneten-Vorsteher hört man jetzt wieder den Amtmann Seidel nennen, da Herr Fournier bestimmt erklärt hat, die Wahl nicht annehmen zu wollen.

Man hat hier viel von Protesten gefabelt, die aus einigen Bezirken gegen die Gemeinderaths-Wahlen beim Magistrat eingegangen sein sollen. Aus guter Quelle kann ich Ihnen die Versicherung geben, daß daran kein wahres Wort ist. Dagegen wird der Magistrat gegen Herrn Elster klagbar auftreten, weil sich derselbe in einer Vorversammlung erlaubt hat, diese Behörde mit ungegründeten Beschuldigungen zu überhäufen.

Berlin, den 11. September. (Berl. Nachr.) Die Nachricht von einem Beschlusse des Staatsministeriums in Bezug auf den Termin der Zusammenberufung der Kammern ist ungegründet. — I. Maj. die Kaiserin von Rußland, welche jetzt in Warschau erwartet wird, dürfte, im Fall II. MM. der König und die Königin sich noch nach Erdmannsdorf begeben sollten, dort mit II. MM. eine Zusammenkunft haben. — Man will hier davon unterrichtet sein, daß eine private Besprechung der Mitglieder des Frankfurter engeren Rathes stattgefunden habe, in welcher bei Besprechung der kurhessischen Frage sich eine sehr schwankende Stimmung in Betreff eines Einschreitens des „Bundestags" in Kurhessen herausgestellt habe. Vornehmlich hätte dieser Mittheilung zufolge der österreichische und hannöversche Bevollmächtigte in Ansehung der Wichtigkeit der Frage ein Abwarten spezieller Instruktionen der resp. Höfe für unerläßlich gehalten. — Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herr v. Schleinitz, gedenkt seine gegenwärtige Erholungsreise auf vier Wochen auszudehnen. — Der Geh. Reg.-Rath Dr. Brüggemann ist von seiner Reise nach Ischl zurückgekehrt und hat bereits als vortragender Rath an den Berathungen des Unterrichts-Ministeriums Theil genommen. — Der K. preußische Minister-Resident bei den vereinigten Nordamerikanischen Freistaaten, v. Gerold, ist von Washington und der K. K. Wirkl. Geh.-Rath v. Stürmer aus Wien hier eingetroffen. — Der preuß. General-Consul in Madrid, Frhr. v. Richthofen, welcher sich seit einiger Zeit hier in amtlichen Angelegenheiten aufhielt, ist jetzt wieder auf seinen Posten nach Spanien zurückgekehrt. — Unter den Vorschlägen, welche von Seiten der Kammern über einzelne, neu zu schaffende Einrichtungen an die Regierung gelangten, betraf ein von dem Abgeordneten v. Vincke gestellter Antrag die Bildung von Gemeindegerichten. Er lehnte sich an die Neugestaltung unserer Justiz vom 2. und 3. Januar 1849 und sollte die Lücke ausfüllen, die durch den Wegfall der Obergerichte in den Gegenden entsteht, wo das platte Land an diese bequeme und für den Zweck hinreichende Administration der Justiz in kleinen Verhältnissen gewöhnt ist. Dies ist besonders in Schlesien, Pommern und einem Theile von Preußen der Fall, wo die jetzige Kostspieligkeit der betreffenden Fälle, auch bei kleinen Polizeivergehen, lästig gegen die frühere Zeit absticht. Man vernimmt daher, daß die Regierung (nach vorgenommener Prüfung der eingegangenen Begutachtungen) den Kammern einen Gesetzentwurf vorzulegen beabsichtigt, welcher den wesentlichen Nutzen der Dorfgerichte bewahren soll, ohne die jetzige Organisation der Justiz zu beeinträchtigen. Es würden nämlich da, wo kein Richter wohnt, die neu zu bildenden Gemeindevorsteher nebst ein paar Gemeinderäthen, die Befugniß erhalten, in besonderem Auftrage des Gerichts die Insinuationen zu besorgen, Exekutionen einzuleiten, einzelne Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu üben u. s. w. Auch sollten sie bei Polizeivergehen, im Verwaltungswege die Polizeistrafgewalt bis zu geringer Höhe der Strafen üben, unter offenstehendem Verwaltungsrecourse, oder, je nach Wahl, unter offenstehender Berufung auf richterliches Gehör. — In voriger Woche befand sich der Ober-Staats-Anwalt Friedeberg aus Greifswald hier, um, wie man versichert, mit dem Justizminister in Betreff des Hassenpflug'schen Prozesses zu conferiren. — Mehreren hiesigen, im Finanzfach erfahrenen, höheren Beamten ist die Leitung des Finanz-Ministeriums in Kassel angeboten worden; sie haben dies Anerbieten indeß mit der Bemerkung abgelehnt, daß sie mit einem Ministerium Hassenpflug nichts zu thun haben wollten. — Die Bataillone der Infanterie-Regimenter, welche in der letzten Zeit noch 800 Mann stark waren, sollen nun auf 700 Mann vermindert werden. — In der gestrigen Sitzung des Magistrats wurde dem Collegium zuvörderst offiziell das Gesammtresultat der vollzogenen Wahlen zum Gemeinderath mitgetheilt. Ein Bestätigungsrecht wird der Magistrat nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung nicht in Anspruch nehmen können und wird nunmehr die amtliche Bekanntmachung der Gewählten erfolgen. Von den 102 Mitgliedern des Gemeinderaths dürften 99 als definitiv gewähltr anzusehen sein und voraussichtlich drei Nachwahlen in Aussicht stehen. Dieselben würden die Wahlen der Herren Elster, Fournier und Dr. Below betreffen, da Hr. Elster bei der Wahl bekanntlich nicht die Majorität erhielt, Hr. Fournier dem Vernehmen nach seine Wahl abgelehnt hat, weil durch seine amtliche Stellung als Betriebs-Dictator der Anhaltischen Eisenbahn seine Zeit vollständig in Anspruch genommen ist, und endlich soll die Wahl des Dr. Below gesetzlich anzufechten sein, weil derselbe als Oberlehrer bei dem Grauen Kloster als besoldeter Communalbeamter zu betrachten ist. Allseitig wird die baldige Constituirung des neuen Gemeinderathes gewünscht, und würden für diesen Wunsch auch die finanziellen Rücksichten der Stadt sprechen, da bei der ausgeschriebenen außerordentlichen Communalklassensteuer, die bisher von den Communalsteuern eximirten Personen nach den Bestimmungen der K. Regierung nur dann zu dieser Steuer herangezogen werden dürfen, wenn die Gemeindeordnung vollständig in das Leben getreten ist.

— Der Landrath Bauer (Krotoschin) war in diesen Tagen wieder hierher gekommen, hatte auch anfänglich eine Aufenthalts-Karte für 8 Tage erhalten, ist aber gestern ausgewiesen worden. Da jetzt endlich auf disciplinarischem Wege gegen ihn eingeschritten werden soll, so dürfte er schwerlich wieder in seinen Posten eintreten. (N. Pr. Z.)

Berlin, den 12. Sept. (St.-Anz.) Der hiesige Magistrat hat so eben die Resultate der jüngst vollzogenen Wahlen zu dem Gemeinderathe mit Bezug auf §. 25. der Gemeinde-Ordnung vom 11. März veröffentlicht.

Hamburg, den 6. Septrmber. (Schles. Ztg.) Den Hamburger Nachrichten wird aus **Berlin** geschrieben: Die neuliche Begegnung der Vorposten bei **Kropp** an und für sich ohne große Bedeutung, hatte, nachdem mir eine merkwürdige alte Weissagung mitgetheilt worden, für mich eine gewisse Bedeutnng. In den Herzogthümern wird das Gefühl immer allgemeiner, daß die Würfel nächstens fallen, und in demselben Augenblick taucht jener Ortsname in dem Tagebuche der Schleswig-Holsteinischen Armee auf, klingt jener Laut an, womit die Sage **die Erfüllung der Geschicke** Nordalbingiens in Verbindung setzt. Er verlohnt sich wohl, denen, die sie kennen, die uralte Prophezeihung ins Gedächtniß zu rufen, und die Andern, welche davon nicht vernommen, darauf aufmerksam zu machen. Den Vätern und Vorfahren der heutigen Streiter für die Landesrechte der Herzogthümer und die für diese zum Pfand eingesetzte Ehre Deutschlands ist verheißen: **die Schleswig-Holsteiner würden bei Idstedt besiegt werden, darauf aber am Kropperbusch einen entscheidenden Sieg erkämpfen, von dem sich Jahre nie gekannten Glückes für die Herzogthümer herschreiben sollen.** Verschmähen Sie es nicht, Ihren Lesern diese Mähr aufzutischen. Ehrwürdig ist sie jedenfalls, und zugleich so volksthümlich, daß sie in einem Sprichwort fortlebt und mit dem instinktiven Leben des Volksstammes verwachsen erscheint. Was im übrigen Deutschland mit den Worten gesagt ist: „noch nicht über den Berg", resp. „über alle Berge sei", das heißt in unverkennbarem Zusammenhange mit obiger Vorhersage: „**noch nicht dem Kropperbusch vorbei.**" — Die Schlacht bei Idstedt hat das Herzogthum Schleswig den Dänen großentheils überliefert und der unglückliche erste Theil der alten Ahnung ist erfüllt. Der Kropperbusch aber liegt auf dem Wege zwischen Schleswig und Rendsburg, vielleicht auf halbem Wege. Dort steht der Feind „und schon begegnen sich die Heere!" **Der Däne ist noch dem Kropperbusch nicht vorbei!** Das gute Schwert und todesmuthige Begeisterung werden Schleswig-Holstein den andern Theil der Weissagung erfüllen helfen. Nicht auf halbem Wege bleibt Schleswig-Holstein stehen! Vorwärts zur Schlacht am Kropperbusch! Vorwärts zum Siege!

Schleswig-Holsteinsche Angelegenheiten.

Ein kaum erwähnenswerthes Vorpostengefecht hat am 8ten in Altenhof stattgefunden. Die in der letzten Affaire gefangenen fünfzehn Dänen sind nach Glückstadt transportirt.

Major Wyneken, Souschef im Generalstabe, hat dem Vernehmen nach seine Entlassung eingegeben. — Hauptmann Wuthenow, der von der Schlacht bei Idstedt her in Untersuchung war, ist vom Kriegsgericht freigesprochen. — Herr Lerow, Eigenthümer des Blattes „Das Volk", der nebst seinem Redakteur, Herrn Baurmeister, seit länger bekanntlich in Kriminaluntersuchung war, ist durch Erkenntniß des Holsteinschen Ober-Kriminalgerichts zu 8 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Vor dem Neustädter Hafen liegen seit einiger Zeit zwei Dänische Kriegsschiffe, die Korvette „Valkyrien" und die Bark „Saga", und haben in den letzten Tagen ein Neustädter Schiff genommen, ein anderes zurückgewiesen. Der Hafen ist jedoch für neutrale Schiffe nicht blockirt. (D. Ref.)

Kiel, den 9. September. (D. R.) Die Landesversammlung hielt heute ihre zweite Sitzung. Gestern waren ihr folgende Aktenstücke mitgetheilt: ein viertes Heft der „Aktenstücke zur Schleswig-Holsteinschen Frage", enthaltend die bereits bekannten über den Berliner Frieden, die Schleswig-Holsteinsche Denkschrift und das „Manifest" der Statthalterschaft; ferner ein Heft „Aktenstücke der Schleswig-Holsteinschen Landesversammlung" folgenden Inhalts: I. Finanzvorlage, deren Anlage 3. den Entwurf einer Verordnung, betreffend die Aufbringung einer Anleihe zum Zwecke der Herbeischaffung der Geldmittel für das Kriegwesen enthält; II. eine Zusammenstellung hinsichtlich der Friedensunterhandlungen, welche mit den Worten schließt: „die Statthalterschaft ist entschlossen, in der Vertheidigung der Rechte des Landes auszuharren; sie vertraut hierbei auf die Unterstützung der Landesversammlung"; III. den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Ausprägung von Scheidemünze; IV. den Entwurf zu einer Verfügung über fernere Abänderungen der Verordnung vom 8. Juli 1848, betreffend die Einführung allgemeiner Wehrpflicht, eine Verfügung, welche die Wehrpflicht bedeutend ausdehnt, unter anderen auch auf die 19jährige Altersklasse, und eine Militärrevisionskommission für jeden Landkriegskommissariatsdistrikt bestellt.

Hannover, den 9. September. (D. R.) Nach dem Hamburg. Corr. hat das Gesammtministerium beschlossen, Truppen nach der Hessischen Gränze zu schicken, und zwar in Folge einer von dem Hessischen Ministerium geschehenen Aufforderung.

Frankfurt, den 7. September. (D. Ref.) Der Weserzeitung wird von hier geschrieben: Noch ist die erste Lebenswoche der Versammlung in der Eschenheimer Gasse nicht vorüber, und schon sieht sie den Boden unter ihren Füßen hinweggenommen. Dies ist mit der verweigerten Anerkennung des sogenannten engeren Rathes von England und Frankreich geschehen, und auch Rußland wird, wie Graf Rechberg schon angedeutet haben soll, der Versammlung nicht mehr zugestehen, als einen gesellschaftlichen Privatcharakter. In der vorgestern abgehaltenen zweiten „Sitzung" hat wie wir hören, diese den Mitgliedern schon ziemlich bekannt gewesene Sachlage sehr niederschlagend gewirkt. Die Regierungsgelüste dürfen nicht mehr auftauchen, es soll daher in jener Sitzung vorzugsweise nur der vom Grafen Thun eingebrachte Antrag wegen Bildung einer neutralen Kommission zur Verwaltung des Bundeseigenthums erörtert sein. Man hört, daß die Bevollmächten von Baiern und Hannover besondere Einwendungen erheben, denen jetzt noch Rückfragen bei ihren Höfen folgen werden. Es gilt deshalb für ziemlich gewiß, daß die neue Kommission nicht vor Ende dieses Monats ins Leben treten wird. Ueber das Verhalten der Versammlung in der dänischen Frage verlautet noch nichts, doch ist ihm seine Stellung auch in dieser Beziehung schon deutlich genug angewiesen. Desgleichen wird er auf Verfügungen wegen Kurhessen verzichten müssen.

Kassel, den 8. September. (D. Ref.) Die Verordnung wegen Verhängung des Kriegszustandes über sämmtliche kurhessische Lande hat folgenden motivirenden Eingang:

„Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm der Erste rc. rc. thun kund und zu wissen: Der Verfassungsbruch durch die Ständeversammlung selbst, über welchen und über die, in solchen Zuständen sich ergebende Unzulänglichkeit der bestehenden Gesetze Wir in Unserer Verordnung vom 4. l. M. Uns ausgesprochen haben, und der nach der Verordnung vom 18. Juli 1832, Nro. 2., des durch dieselbe verkündeten einhellig gefaßten, die Auslegung der Grundgesetze des Bundes betreffenden Bundesbeschlusses als Aufruhr sich darstellt, legt Uns unabweislich die Pflicht auf, die gefährdete Sicherheit des Staates und die bedrohte öffentliche Ordnung mit einem solchen Schutze zu umgeben, welcher es unmöglich macht, anarchische Zustände zur thatsächlichen Erscheinung kommen zu lassen, wie solche sowohl die fort und fort sich steigernde verbrecherische Frechheit der Tagespresse anzubahnen, als das Verhalten des bleibenden landständischen Ausschusses hervorzurufen unternimmt, dessen verblendete Anmaßung ihn dazu getrieben, an Unsere Behörden und Unsere Unterthanen Aufforderung zum Widerstande gegen Unsere obige Verordnung zu erlassen; deren Vollziehbarkeit nach dem Schlußsatze des §. 108. der Verfassungs-Urkunde sowenig einem Zweifel unterliegen, als dieselbe in ihrer Grundlage einer andern als der, den Landständen durch §. 59 der Verfassungs-Urkunde überwiesenen Beurtheilung ausgesetzt sein kann. Da nur durch kräftig eingreifende und schützende Maßregeln es sich erreichen läßt, die ganze Verfassung über den Abgrund, den der Bruch derselben in einem Punkte für das Ganze eröffnet hat, hinüberzuführen, mithin den Fortbestand der Verfassung zu sichern, so verordnen Wir, nachdem der bleibende landständische Ausschuß allgemein gegen seine Zuziehung verfassungswidrigen Widerspruch eingelegt hat, nach Anhörung Unseres Gesammt-Staatsministeriums, welches über die unabweisliche Nothwendigkeit und Dringlichkeit der zu ergreifenden Maßregel sich ausgesprochen hat, auf den Grund des §. 95. der Verfassungs-Urkunde Folgendes (folgen die 8 §§. der Verordnung.)

Kassel, den 9. September. (D. R.) Die militairischen Gewalthätigkeiten gegen die Neue Hessische Zeitung haben sich heute Morgen wiederholt. Es ist darüber sofort ein Notariats-Instrument vom Herrn Hofrath Becker, sowie ein Protokoll durch den Residenzpolizeivorstand Henkel aufgenommen, und vom Herausgeber eine Klage auf ein unbedingtes Mandat gegen Fortsetzung der Gewaltthätigkeiten erhoben worden, welches schon morgen ertheilt werden kann. Das Protokoll lautet:

Protokoll, betreffend die Beschlagnahme von Zeitungsexemplaren der Neuen Hessischen Zeitung durch eine Militairpatrouille. Kassel den 8. September 1850.

Es erscheint der Obergerichts-Anwalt Oetker und bittet den Unterzeichneten um Schutz seines Eigenthums, weil eine Milititairpatrouille die gedruckten Exemplare seiner Zeitung, die „Neue Hessische Zeitung" genannt, wegzunehmen beabsichtigte.

Der Unterzeichnete, an Ort und Stelle angekommen, fand die Sergeanten Fingerling und Zimmermann mit 6 Musketieren des Regiments Kurfürst, welche einen Befehl des Generallieutenants Bauer vorzeigen, welcher schriftlich anliegt. Die gedachten Unteroffiziere wurden von mir auf die Gesetz- und Verfassungswidrigkeit, welcher sie sich durch Ausführung ihres Auftrags schuldig machen würden, aufmerksam gemacht und aufgefordert, kein Eigenthum anzutasten. Der Eigenthümer der Zeitungsblätter, Obergerichtsanwalt Oetker, protestirte wiederholt gegen die Wegnahme derselben. Der Sergeant Fingerling erklärte, mündlichen Befehl zu haben, jeden zu verhaften, welcher gegen Ausführung seines Befehls sich widersetzen werde. Zugleich habe er auch Befehl, die Druckerei zu schließen und zu besetzen. Der Besitzer der Druckerei, Herr Friedrich Scheel, legte Protest gegen die beabsichtigte Störung in seinem Eigenthum ein. Die Aushändigung des schriftlichen Befehls des Generallieutenants Bauer, welche Obergerichtsanwalt Oetker verlangt, weigerte der Sergeant Fingerling mit dem Bemerken, daß er vom Generallieutenant Bauer Befehl habe, denselben zurückzubringen. Hierauf nahmen die gedachten Unteroffiziere, ohne daß ich wegen Mangels an Mannschaften es verhindern konnte, trotz wiederholter Warnung 50 ganz gedruckte und 104 auf einer Seite gedruckte Bogen der Nr. 422 der Neuen Hess. Zeitung mit hinweg, und ließen zwei Mann Wache in dem Druckereilokal, um jede Beschäftigung in derselben zu hindern.

Zur Beglaubigung:
Henkel, Bürgermeister.

Zur Beschreibung unseres gegenwärtigen Zustandes diene Folgendes: Der „Oberbefehlshaber" hat einem hiesigen Privatlehrer ohne Weiteres sein Schullokal besetzen lassen, weil ihm dasselbe geeignet schien, um eine Wache für die Friedrich-Wilhelmsstraße (beiläufig von unseren grabesruhigen Straßen eine der ruhigsten) hineinzulegen. An den Bezirksdirektor gelangte das klassische Ersuchen, dafür zu sorgen, daß besagter Privatlehrer alsbald ein anderes Schullokal erlange. Der Bezirksdirektor konnte diesem Ersuchen natürlich nicht entsprechen.

Der Stadtrath der Residenz hat folgende Proklamation erlassen:

Mitbürger!

Unser Vaterland ist nach einer Verkündigung vom gestrigen Tage in den Kriegszustand erklärt worden. Wir haben hiergegen bei Kurfürstl. Gesammt-Staatsministerium protestirt, weil insbesondere die Einwohnerschaft Kassels zu einer solchen, mit Verfassung und Gesetz im grellsten Widerspruch stehenden Anordnung nicht die entfernteste Veranlassung geboten hat. Mitbürger! Wir vertrauen Eurem stets bewährten Sinn für Ordnung und Gesetz! Beharret ferner, wie bisher, auf dem gesetzlichen Wege, dann wird, dessen sind wir gewiß, der dermalige, das gesammte Vaterland in Gefahr bringende Zustand nicht von langer Dauer sein. Kassel, am 8. September 1850. Der Stadtrath der Residenz. (Folgen die Unterschriften.)

— Der Bezirksdirektor Sezekorn, an welchen der sogenannte „Oberbefehlshaber" die Zumuthung gestellt hatte, auf den Grund der „Verordnung vom 7. September die Vereine aufzulösen und die Versammlungen zu verhindern, hat denselben würdevoll und nachdrücklich dahin abgefertigt, daß ihm von einer nach der Verfassung zu Recht bestehenden Verordnung vom 7. September überall nichts bekannt sei.

— Der Oberbürgermeister der Residenz, Hartwig, erhielt heute ein Schreiben des „Oberbefehlshabers" Generallieutenants Bauer, worin ihn dieser zu einer „Konferenz zu dienstlicher Besprechung" einlud. Der Herr Oberbürgermeister erwiderte hierauf, daß es ihm angenehm sein würde, wenn Se. Excellenz in der für die dienstlichen Besprechungen des Oberbürgermeisters bestimmten oder einer sonst ihm etwa genehmen Stunde im Lokale des Magistrats von Kassel, im Rathhause sich einfinden wolle.

— Sicherem Vernehmen nach hat auch das Obergericht zu Rotenburg beschlossen, keine Stempel zu verwenden. Ein gleicher Beschluß soll auch vom Ober-Appellationsgerichte nach schriftlicher Abstimmung mit großer Mehrheit gefaßt worden sein. Es verlautet von intendirten Gewaltmaßregeln gegen die oberen Staatsdiener des Kurstaates, welche sich bekanntlich einmüthig gegen die verübten Verfassungs-Verletzungen ausgesprochen haben und jede Ausführung verweigern. Es würde eine große Verkennung sein, wie sie nur der sittlichen Verkommenheit möglich ist, wenn man wähnen wollte, durch solche Drohungen würden sich Männer von Ehre einschüchtern lassen.

— Der hiesige Ortspolizeivorstand Henkel ist von der Bezirksdirektion auch mit der Versehung der Landespolizei hierselbst beauftragt gewesen. Heute verlangte der „militairische Oberbefehlshaber" Bauer von demselben, daß ihm zwei Polizeidiener zur Disposition gestellt würden. Henkel lehnte dies entschieden ab. Hierauf erhielt er von besagtem „Oberbefehlshaber" folgendes Schreiben: „Auf den Grund der mir als militairischem Oberbefehlshaber für die Dauer des Kriegszustandes übertragenen Funktionen, in Folge der von dem Vorstande der Ortspolizeiverwaltung bezeigten Unwillfährigkeit spreche ich hierdurch die Suspension des Bürgermeisters Henkel von den Geschäften eines Hülfsbeamten der Staatspolizeiverwaltung aus und übertrage

dieselben dem ersten Verwaltungsbeamten, Regierungsassessor v. Goddäus dahier." Herr Henkel entgegnete darauf Folgendes: „Auf die mir zugegangene Zuschrift vom heutigen Tage beehre ich mich Eure Excellenz ergebenst in Kenntniß zu setzen, daß mir die Funktionen eines Hülfsbeamten der Staatspolizeiverwaltung von dem Herrn Bezirksdirektor für den oberen Verwaltungsbezirk Kassel übertragen worden sind, und daß ich dieselben nicht eher an einen anderen Beamten abgeben kann, bis ich durch die Behörde, von welcher mein Mandat herrührt, desselben entbunden bin." Mögen alle Beamten eben so entschieden verfahren! Der Vorgang ist dem bleibenden landständischen Ausschuße mitgetheilt worden und wird von diesem wohl zur Begründung einer Anklage benutzt werden.

— Sicherem Vernehmen nach hat der Generalstaatsprokurator der hiesigen Staatsprokuratur, welche die auf groben Mißbrauch der Amtsgewalt und Hochverrath lautende Anklage des permanenten Ausschusses gegen die Minister Hassenpflug, v. Haynau und v. Baumbach als vor den Staatsgerichtshof gehörig betrachtet hatte, aufgegeben, dieselbe alsbald zur gerichtlichen Verhandlung zu bringen.

Kassel, den 9. September. Der Protest des Stadtraths lautet wie folgt:

Kurfürstliches Gesammtstaatsministerium!

Durch die Verordnung vom gestrigen Tage ist mit dem gesammten Kurfürstlichen Lande auch die Stadt Kassel bis auf Weiteres in Kriegszustand erklärt worden. Es fehlt dieser Anordnung nach unserer festen Ueberzeugung eine jede rechtliche Veranlassung; wir halten sie mit Verfassung und Gesetz im Widerspruch stehend.

Dies dem Kurfürstl. Gesammtstaatsministerium zu erklären, halten wir für unsere Pflicht, indem wir zugleich entschieden gegen die getroffenen Maßregeln und deren Ausführung protestiren.

Kassel, den 8. September 1850. Der Stadtrath. Hartwig ꝛc.

Durch Erkenntniß des Obergerichts sind die Presse und die vom Militair besetzten Schullokale frei gegeben worden. Der Oberbefehlshaber hat jedoch diesem Bescheide noch keine Folge gegeben. Der Staatskassendirektor v. Schotter ist suspendirt, weil er sich weigerte, Gelder an die Regierung auszuzahlen. Das zweite Aufgebot ist einberufen. Militair wird in die Provinzen geschickt. — Noch sind die Gewaltstreiche nicht zu Ende. Alles geschieht unter direktem Einflusse Kübecks. — Ueber die Haltung unserer Truppen läßt sich bis jetzt zwar noch kein bestimmtes Urtheil fällen; doch soll die Zuversicht der Leiter auf die Mannschaft nicht sehr groß sein.

Kassel, den 9. September. (D. R.) Die Ruhe war bis zum 8. Abends auch nicht durch den kleinsten Exceß gestört worden. Die Redaktion der N. Hess. Ztg. hat, wie gemeldet, um Rechtshülfe gegen die Beschlagnahme ihrer Pressen beim Obergericht nachgesucht. Letzteres hat den verklagten Staatsanwalt nach dem Antrage verurtheilt. In den Entscheidungsgründen werden die betreffenden Vorschriften der Verordnung vom 7. d. M. als verfassungswidrig bezeichnet.

Wir haben bereits, schreibt die Const. Corr., die Absendung eines Militär-Kommissars von Kassel nach Rintelen, der Hauptstadt der Kurhessischen Grafschaft Schaumburg, gemeldet. Da diese Enklave bisher gar keine Militär-Garnison hatte, so wird, dem Vernehmen nach, zur Ausführung des für alle Hessischen Landestheile erklärten Kriegszustandes demnächst eine Kompagnie Infanterie von Kassel nach Rintelen auf der Etappenstraße detachirt werden.

Kassel, den 10. September. (D. Ref.) Die Abendausgabe der N. Hess. Ztg. vom heutigen Tage enthält in Bezug auf die gegenwärtige Verfassungskrisis und die damit in Verbindung stehenden Ereignisse nur folgende Mittheilungen:

— Der zum Staatspolizei-Direktor ausersehene Assessor und vorhinnige Landtagskommissar von Goddäus hat dem Bezirksdirektor die Anzeige gemacht, daß er die ihm zugedachte Stelle nicht angenommen habe.

— Sicherem Vernehmen nach geht das jetzige Gouvernement damit um, beim hiesigen Lombard ein Anlehen von 50,000 Thlrn. zu kontrahiren; die Absichten auf die deponirten Beträge in den Staatskassen sind bis jetzt an dem ehrenwerten Widerstande der betreffenden Beamten gescheitert.

— Dem Referendar Wagner bei der Bezirksdirektion dahier wurde zugemuthet, Sekretair des Generallieutenants Bauer zu werden; er hat sich indeß veanlaßt gefunden, ablehnend zu antworten, was alle Anerkennung verdient.

— Die in einem gestrigen Artikel mitgetheilte Nachricht über den Eintritt des Assessors Mittler von Hanau in das Ministerium des Innern ist dahin zu vervollständigen, daß derselbe mit einem außerordentlichen Referat beauftragt worden ist, diesen Auftrag auch nicht ohne Sträuben und unter der ausdrücklichen Verwahrung angenommen hat, daß ihm eine Mitwirkung bei verfassungswidrigen Handlungen nicht angemuthet werde. Die ihm angesonnene Stellung eines Civilkommissars zur Unterstützung des Generallieutenants Bauer hat derselbe sicherm Vernehmen nach wiederholt abgelehnt.

— Zufolge einer Benachrichtigung des Oberpostamtes hierselbst will solches die vertragsmäßige Versendung unserer Zeitung nicht weiter hindern.

Oesterreich.

Wien, den 8. September. (Wandrer) Die Wahlen zum Gemeinderath sind ausgeschrieben, die Freiheit der Besprechung gegönnt. Wien ist nicht mehr unerfahren in der Ausübung dieses Rechtes. Es hat zu einem Reichstage, zu einem Gemeinderathe bereits gewählt. Wenn es mit dem Resultate seiner jetzigen Wahlen wieder einmal unzufrieden sein sollte, wäre es nur die Schuld seiner eigenen Selbstthätigkeit. Darum sehe es sich vor, was es thun will, thun wird. Was Wien bedarf, ist ein unabhängiger, selbstständiger, besonnener Gemeinderath, der auf dem Gesetze fußend, sein Amt übt, mit Kraft, Würde und dem Bewußtsein, die Gemeindevertretung der ersten Stadt in der Monarchie, einer großen Deutschen Stadt zu sein; ein Gemeinderath, der im Stande ist, die moralische Größe und das Gewicht seiner Commune geltend zu machen, was in letzterer Zeit eben nicht besonders der Fall war. Nicht zu gedenken, daß aus dem kommenden Gemeinderathe ein Bürgermeister hervorgehen soll, der mit großer Befugniß ausgestattet, je nach seiner Begabung und Gesinnung Zeuge und Anlaß der Größe oder des Verfalls der Hauptstadt sein wird.

Frankreich.

Paris, den 8. September. Die Regierung hat folgende telegraphische Depesche veröffentlicht: „Cherbourg, den 8. September, 7½ Uhr Morgens. Gestern Morgens um 9 Uhr hat der Präsident das Arsenal besucht und sich Rechnung über die noch zur Beendigung des Hafens nöthigen Arbeiten ablegen lassen. Um 12 Uhr hat er sich an Bord des „Friedland" begeben. Alle Schiffe waren geschmückt; sie begrüßten den Präsidenten mit dem ganzen Feuer ihrer Artillerie. Alle Quais waren mit Menschen bedeckt, welche diesem prächtigen Schauspiele beiwohnten. Er besichtigte mehrere Schiffe, bestieg dann die „Minerva", Schule der Kanoniere, und wohnte einer Uebung bei. Des Abends fand ein Ball, der ihm von der Stadt gegeben wurde, in den Sälen des Arsenals statt. Derselbe war mit vielem Geschmack arrangirt und mehrere Tausend Personen wohnten ihm bei. Ueberall, im Arsenal, auf der Flotte und auf dem Balle wurde der Präsident auf das herzlichste empfangen." Unter den Gästen bei dem großen von der Stadt veranstalteten Banket waren die Admirale Napier und Cochrane, so wie 18 andere Englische Offiziere. — Von 63 General-Räthen, deren Sitzungs-Resultate bis jetzt bekannt sind, haben sich 47 zu Gunsten der Verfassungs-Revision ausgesprochen, die also schon jetzt die absolute Majorität der General-Räthe für sich hat. Nur 8 General-Räthe haben die beantragten Vota zu Gunsten der Verfassungs-Revision verworfen; es sind dies lauter solche, in denen die Legitimisten und die Socialisten die Oberhand haben. In 9 Departements haben sich die General-Räthe gar nicht mit der Frage befaßt. Da die Sitzungen der General-Räthe erst am 10. September schließen, so ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die Majorität zu Gunsten der Verfassungs-Revision noch etwas bedeutender ausfallen wird. — Einem unbestimmten Gerüchte zufolge soll Persigny dem Präsidenten eine Note der Preußischen Regierung überbringen, in welcher dieselbe an die Französische Regierung das Verlangen stellt, ein Schutz- und Trutzbündniß gegen Oesterreich zu bilden. — Wie man versichert, soll Thiers plötzlich Deutschland verlassen haben, um nach Paris zurück zu kehren. Man unterlegt dieser schnellen Abreise einen politischen Grund und behauptet sogar, Thiers habe an einen seiner Freunde einen Brief geschrieben, in welchem sich folgende Stelle befinde: „Wenn ich mich nicht sehr irre, so schwebt irgend ein Streich in der Luft. Ich eile schnell herbei, um eine Thorheit zu verhindern, welche Frankreich in den größten Wirrwar stürzen würde." — Fürst Metternich will den Winter hier zubringen und schon in Kurzem eintreffen. (Köln. Ztg.)

Paris, den 9. September. (Köln. Ztg.) Neuerdings haben sich folgende Generalräthe für die Revision der Verfassung erklärt: Puy de Dome, Vaucluse und Loiret. — Einem Gerüchte zufolge soll General Changarnier Vorsichtsmaßregeln gegen eine mögliche Emeute treffen. — Die „Union" erklärt sich heute gegen eine Verlängerung der Präsidentschaft L. Napoleon's.

Großbritannien und Irland.

London, den 7. Septbr. (Köln. Ztg.) Die Subscription für das Denkmal Robert Peel's sollte am 1. Sept. geschlossen werden. In Anbetracht dessen, daß noch immer reichliche Beiträge, namentlich von Arbeitern, zufließen, ist der Schließungs-Termin bis auf den 17. d. M. hinausgeschoben worden. — Lord Fielding, der neulich zur Römischen Kirche überging, giebt als Motiv seiner Bekehrung an: „Ich fühlte den gänzlichen Mangel einer lebendigen, bestimmten Autorität in Glaubenssachen. Und diese Autorität, beweisend und unfehlbar, weil geleitet durch die versprochene Belehrung des heiligen Geistes, finde ich allein geübt in der Kirche von Rom."

— (Berl. Nachr.) Aus einer Erklärung der Direktoren des unterseeischen Telegraphen ergiebt sich, daß derselbe wirklich zerrissen ist, indem auf der Höhe von Cap Grisnez der Draht durch versunkene Felsen beschädigt wurde; da man genau die Stelle weiß, und auch wie der Schaden entstand, so wird der letztere bald beseitigt sein. Der Schaden entstand dadurch, daß eine bleierne Röhre, welche den Gutta-Perchadraht nach der Höhe der Telegraphenstation leiten sollte, dem Andrang der Wogen nicht genug Widerstand leistete, so daß eine eiserne Röhre zu diesem Behufe angelegt werden muß. Es ist im Plane, nach Vollendung dieses Telegraphen nach und nach 20 bis 30 solcher Drähte zu legen, damit nie Störung noch Aufenthalt eintreten könne. Es unterliegt keinem Zweifel, daß zwischen England und Irland eine ähnliche Verbindung hergestellt werden wird, indem die Meerenge zwischen England und Irland nur 60 Engl. Meilen beträgt. Dies wird nothwendig dazu führen, daß die Station zur Abfahrt der Dampfschiffe nach Amerika in einem Westhafen Irlands sein muß, indem von und nach Amerika dann mindestens 30 Stunden Zeit gewonnen werden.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, den 4. September. Se. Majestät der Kaiser hat eine Entscheidung des mit den Angelegenheiten der Israeliten beauftragten Komité's, das Tragen jüdischer Kleidung betreffend, genehmigt und Folgendes befohlen: Das Tragen einer besonderen Kleidung ist den Juden vom 1. Januar 1851 an überall verboten; die General-Gouverneure können jedoch in Fällen, wo sie es für nothwendig halten, gegen Entrichtung einer bestimmten Abgabe, bejahrten Israeliten, die über 60 Jahre alt sein müssen, gestatten, jüdische Kleidung auch ferner zu tragen. (P. Z.)

Warschau, den 6. September. (D. Ref.) Nächstens sollen in Paris sehr ausführliche Memoiren des Fürsten Czartoryski erscheinen, sie werden sowohl die Epoche betreffen, in welcher er als Kaiserlich russischer Minister des Auswärtigen fungirte, als auch die Zeiten, wo er als Restaurator eines unabhängigen Polens auftrat.

Dänemark.

Kopenhagen, den 9. September. (D. Ref.) Die „Berlingsche Zeitung" enthält heute Folgendes: „Am 6. d. M. ist die Auswechselung der Ratifikationen des Friedenstraktates zwischen Dänemark und nachgenannten deutschen Staaten und freien Städten vollzogen worden, nämlich Anhalt-Dessau und Anhalt-Bernburg, Baden, Bremen, Hamburg, Lübeck, Lippe-Detmold, Mecklenburg-Schwerin, Preußen, den beiden Fürstenthümern Reuß (ältere und jüngere Linie), Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt nebst Waldeck.*)

Die Auswechselung geschah in Berlin in dem dortigen britischen Gesandtschaftshotel, nach vorausgegangener Einladung seitens des Repräsentanten der vermittelnden Macht, Lord Howard, welcher demnächst im Verein mit dem dänischen Chargé d'Affaires, Herrn von Bjelke, und dem preußischen Gesandten in der Schweiz, Herrn von Sydow (bei welchem die Auswechselung für die genannten deutschen Regierungen stattfand), das über die Auswechselung der Ratifikationen aufgenommene Protokoll unterzeichnete."

Nach Nachrichten aus Sonderburg ist der Großfürst Constantin daselbst am 4ten d. M. angekommen, am 5ten machte er einen Besuch bei dem Gouverneur und reiste darauf nach Flensburg, von wo er am 6ten nach Sonderburg zurück erwartet wurde. Die russische Flotte liegt bei Alsen.

Der Polizeimeister Etatsrath Schrader hat auf Veranlassung des Kommandanten in Schleswig befohlen, daß die Thüren und Thore aller Häuser und Höfe, wo Militairpersonen einquartirt sind, Nacht und Tag offen und unverschlossen stehen sollen. Wer dagegen handelt, wird bestraft.

*) Die Ratifikation Seitens Oldenburgs ist nach d. D. R. gleichfalls in Berlin eingetroffen, es fehlt nur noch die Koburg-Gothas und Braunschweigs.

Das Mitglied des Friedenskongresses, Elihu Burritt, ist hier angekommen.

Griechenland.

Athen, den 3. September. Der Kultusminister Korfiotakis ward vorgestern 6¾ Uhr Abends vor seinem Hause, als er mit seiner Gemahlin und dem Senator Antoniadis in den Wagen steigen wollte, um eine Spazierfahrt zu machen, erschossen. Sechs Kugeln in der Nähe des Herzens eingedrungen gaben ihm dem Tod nach 2 qualvollen Stunden. Der Mörder ward mit seinen zwei Gefährten ergriffen; dieselben wurden als Mainoten erkannt und sollen für die That gedungen gewesen sein. Ursache scheinen die bevorstehenden Wahlen. (N. Z.)

Locales ꝛc.

δ Aus dem Fraustädter Kreise, den 11. September. Der größere Theil des Militär-Kommandos vom hiesigen dritten Garde-Landwehr-Bataillon, das um die Mitte vorigen Monats von Lissa nach Kriewen abgegangen, ist heute zurückgekehrt. Nur eine kleine Abtheilung desselben, unter dem Befehle eines Unteroffiziers, ist einstweilen noch daselbst zurückgeblieben. Die Bestimmung der Mannschaften war bekanntlich eine thätige Mitwirkung bei den militärischen Maßregeln, gegen das Raubgesindel in dem Schrimmer, Schrodaer, Pleschener u. a. Kreisen; nächstdem sollten sie dann und wann Streifzüge in die Obrabrüche, bis in die Gegend von Moschin, ausführen. Auf einem der letzteren gelang es ihnen auch, eines der gefährlichsten Banditen in einem Waldgehölze habhaft zu werden, und ihn an die zuständige Behörde abzuliefern. Ganz besonders aber hatte jenes Kommando noch die Bestimmung, etwaige Exzesse und Unordnungen bei den in jener Gegend beschäftigten Kanalarbeitern, deren Zahl sich auf circa 300 belaufen soll, zu verhüten. — Von dem in der Nacht vom 4ten zum 5ten an dem Kaufmann Nürnberg aus Lissa verübten Raubanfalle ist bis jetzt, trotz der thätigsten polizeilichen Nachforschung, nichts ermittelt worden. Nur einiges Wenige von den geraubten Waaren hat sich im Walde, in der Nähe des Raubschauplatzes, vorgefunden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es Insassen der Gegend sind, die dabei mit thätig gewesen, und die sich bei der Ausführung des verbrecherischen Planes einiger Spießgesellen bedienten, die, um die Spuren der Nachforschung zu erschweren, ihre Röcke umgewendet hatten. — Die unbeschränkte Gewerbefreiheit ist, bei Gelegenheit des am 9ten und 10ten d. zu Lissa stattgehabten Jahrmarktes, den dasigen Schneidern und Tuchhändlern wieder einmal sehr unangenehm geworden. Seit mehreren Jahren hat nämlich der Besitzer eines Kleidermagazins, Kaufmann R. aus Glogau, diesen Jahrmarkt benutzt, um sein reichhaltiges Verkaufslager von Herren-Garderoben und Damen-Mänteln in Lissa aufzuschlagen, nebenher auch wohl Bestellungen auf neu anzufertigende Kleidungsstücke anzunehmen. Während der politischen Aufregung in den letzt verflossenen Jahren ist ihm dies von seinen hiesigen betheiligten Konkurrenten aus dem Stande der Handel- und Handwerktreibenden widergesetzlich gewehrt worden, so daß er dieserhalb mehrfach mit Exzessen bedroht wurde. Letztere zu vermeiden, ließ er sich von der Lissaer Polizeibehörde bestimmen, von seinem öffentlichen Verkaufsrechte zur Zeit abzustehen. Diesmal verkündete er indeß seine Anwesenheit durch gedruckte Riesenplakate, die er an alle Straßenecken anheften ließ. Zu einer Beunruhigung in seinem Geschäftsverkehr ist kein Versuch gemacht worden.

ν Schrimm, den 11. September. Nachdem seit längerer Zeit keine Entweichungen der hiesigen Gefangenen vorgekommen waren, gelang es heute Nachmittag 2 Inhafteten, darunter einem Mörder, zu entfliehen, woran die Nachläßigkeit des neuen Gefangenwärters Schuld sein soll. Sogleich ward von einem Piquet Husaren und einigen Mannschaften des 8. Infanterie- (Leib-) Regiments den Entsprungenen nachgesetzt und schon nach wenigen Stunden wurde einer derselben ergriffen, wobei ein starker Hund insofern geholfen hat, als er den Fliehenden einholte und ihm wüthend den Weg vertrat, bis die Soldaten herankamen. Leider ist der Mörder entkommen, indessen wohl nicht für immer, da bereits seine Spur scharf verfolgt wird. — Es hat sich hier das Gerücht verbreitet, daß die Behörde das hiesige christliche Schulhaus ankaufen werde, um daraus Gerichtsgefängnisse zu machen. Inwiefern dies gegründet ist wissen wir freilich nicht, gewiß ist aber, daß dieser Ankauf sehr vortheilhaft sein würde. Das Schulhaus war früher ein Mönchkloster, das hinsichts seiner sehr starken Mauern, von denen die innern sogar 3—4 Fuß stark sind, sich mit wenigem Kostenaufwande zu Gefängnissen einrichten läßt; zu Klassenzimmern eignen sich die Zellen am wenigsten, wenn auch von diesen immer 2 zu einer Schulstube umgeschaffen sind. Diese Zellen sind bald wiederherzustellen und die ganze Einrichtung dürfte leicht und mit geringen Kosten zu bewerkstelligen sein. Außerdem gehören zu dem Gebäude ein bedeutender Hofraum und einige Gärten. Wie überhaupt seine ganze Lage nicht erwünschter zu einem solchen Zwecke sein kann. Die Stadtgemeinde würde dies Haus gern verkaufen und sich an einer gelegeneren Stelle ein passendes und den Bedürfnissen entsprechendes Schulhaus bauen. — Läßt auch die christliche Schule hier sehr viel zu wünschen übrig, so muß es aber noch trauriger um die jüdische stehen, das beweisen die vielen Winkelschulen in der jüdischen Gemeinde. So viel uns bekannt, dürfen dergleichen Schulen an keinem Orte geduldet werden und hier bestehen dieselben schon mehrere Jahre. Vielleicht weiß die Behörde nicht darum, weil die jüdischen Schulen überhaupt zu wenig oder fast gar nicht inspicirt werden, so daß solche Uebergriffe nicht zur Sprache kommen können. — Die neue Gemeindeordnung soll auch hier auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen; die ganze Sache scheint vorläufig zu ruhen, man hört wenigstens noch gar nichts darüber.

Musterung polnischer Zeitungen.

Dem Czas entnehmen wir folgende Correspondenz aus Paris: Das Elend der Polnischen Emigration in Frankreich wird immer größer. Die jüngere Emigration erträgt dasselbe noch wohl, aber die ältere muß es mit dem Tode büßen. In Paris hat sich Kolanowki aus Verzweiflung durch Kohlendampf erstickt. Wroblewski, Magister der Rechte, ist vor Hunger gestorben. In Melun hat der allgemein geachtete Jedrzejewski sich erschossen. Vor seinem Tode schrieb er einen Brief an die Fürstin Czartoryska, worin er seine beiden Töchter ihrem Schutze empfiehlt. Die Selbstmorde haben sich seit dem Jahr 1848 unter den Polen sehr gemehrt. Das Comité, welches sich unter den Volksvertretern zur Unterstützung der Polen bilden sollte, ist nicht zu Stande gekommen. Der Fürst Czartoryski wendete sich zu wiederholten Malen an den Minister des Innern, und bat ihn um Unterstützung für die unglücklichen Polen, welche in der Straße St. Jacques im größten Elende und in den ungesundesten Wohnungen leben; aber

der Minister schlug ihm Alles ab. Nur denen sagte er eine Unterstützung zu, welche die Absicht hätten, nach Amerika zu gehen oder nach Polen zurückzukehren. In Paris befinden sich viele Polen, welche mit Russischen Pässen angekommen sind. — Alle sind hier der Meinung, daß die Polnische Journalistik ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung, ihr Augenmerk mehr auf die Sittlichkeit des Volkes richten müsse. Beim Anblick der jungen, in den Jahren 1846 und 1848 angekommenen Emigration haben wir uns gewundert, daß sie so entnervt war. Aus dem Umgange mit den jungen Leuten haben wir die Ueberzeugung gewonnen, daß die völlige Sorglosigkeit um die Zukunft, die Leidenschaft des Spieles, oder auch ihr Leben in Phantasiegebilden die Hauptursachen ihres Unglückes sind. Die Sitten zu veredeln, der Jugend mehr Ordnungsliebe einzuflößen, ihre häufigen Gemüthskrankheiten durch Empfehlung der Arbeitsamkeit zu heilen, sie von Prophezeihungen und von der Erwartung außerordentlicher Ereignisse abzubringen, sie auf den Weg der Tugend, der Wissenschaft und der gesunden Vernunft zurückzuführen, ihr ewiges und vergebliches Seufzen zu rügen, und ihrem Charakter mehr Festigkeit und Energie zu geben, das sollte die erste Pflicht der Polnischen Journalistik sein, und diese Pflicht ist um so wichtiger, da unser Volk leicht in Irthümer fällt, sich aber auch leicht wieder bessert.

Verantw. Redakteur: C. E. H. Violet.

Angekommene Fremde.

Vom 13. September.

Lauk's Hôtel de Rôme: Die Gutsbes. Materne aus Chwalkowo und Bohm a. Branno; Oberförster Trampczynski a. Santomyśl; die Kaufl. Terbecker a. Bremen, Haas a. Mainz, Zilske aus Rheydt, Pelzer a. Stettin und Riemann a. Magdeburg.

Hôtel de Bavière: Die Gutsb. Graf Plater a. Wollstein und Szenyc a. Trzcielino; Baumstr. Friedheim a. Lissa; Unteroff. im 2. Garde-Ulanen-Regiment v. Kalkstein aus Berlin.

Bazar: Die Gutsb. v. Lalewicz a. Gowarzewo, Szypniewski a. Pietrowo, v. Zoltowski a. Urbanowo, Fr. v. Stablewska a. Zalesie, Fr v. Bojanowska a. Laskowo; Professor Pietraszewski a. Berlin; Referendar Wolski a. Samter.

Hôtel de Dresde: Kaufm. Schmidt a. Stettin; Generalbevollmächt. Arnoux a Grünberg; Posthalter Moll a. Wronke; die Gutsbesitzer Kojecki a. Gorzykowo und Graf Bninski a. Samostrzel.

Schwarzer Adler: Domainen-Pächter Johannes a. Dziekanowice; Kfm. Cunow a. Schocken; Frau Oberamtm. Reissert a. Wielichowo; die Gutsb Nikolai a. Golęczewo und Bussmann a. Owieczki.

Hôtel de Berlin: Kaufm. Jakobi a Filehne; Hauslehrer Sewrick aus Zrenica; die Gutsb. v. Bojanowski a. Rogaszewo und Czerwenki aus Naclaw.

Hôtel de Vienne: Gutsb. Graf Czapski a. Smogulie.

Hôtel à la ville de Rôme: Oekonom Witkowski aus Neustadt b./P.

Hôtel de Pologne: Die Gutsb. Berndt a. Dąbrowka und Jahns aus Tukowo; Gastwirth Gerlach aus Obornik.

Hôtel de Paris: Probst Weider und Bürger Jachowski a. Chodziesen; die Bürger Dahlström a. Wreschen und Byrątkiewicz a. Grzicznо.

Krug's Hôtel: Brauermeister Hennig a. Woloczisk; Stellmachermstr. Müller, Schmiedemeister Becker und Invaliden-Unteroffizier Kinzel a. Schwerin a./W.; Fräulein v. Kwaśniewska a. Neustadt b./P.

Große Eiche: Fr. Bürger Eckert a Santomyśl; Gtsb. v. Skrzydlewski a. Oczisznо; Gutspächter Wojtowski a. Brudzewo.

Drei Lilien: Probstei-Pächter Kujawinski und Freischulze Wolnitz aus Polajewo.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag, den 15. September c. werden predigen:

Ev. Kreuzkirche. Vm.: Herr Prediger Friederich. — Nachm.: Herr Prediger Schönborn.

Ev. Petrikirche. Vm.: Herr Consf.-Rath Dr. Siedler.

Garnisonkirche. Vm.: Herr Div.-Pred. Borck.

Christkathol. Gem. Vm. u. Nachm.: Herr Pred. Post.

Im Tempel des israel. Brüder-Vereins: Sonnabend 9½ Uhr Vorm.: Gottesdienst. — Sonntag Abend 7 Uhr und Montag früh 7 Uhr: Festgottesdienst und Predigt.

In den Parochieen der genannten christlichen Kirchen sind in der Woche vom 6. bis 13. September 1850:

Geboren: 2 männl., 3 weibl. Geschlechts.
Gestorben: 11 männl., 4 weibl. Geschlechts.
Getraut: 3 Paar.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

Berliner Börse und Getreide-Markt vom 12. September 1850.

Wechsel-Course.

			Brief.	Geld.
Amsterdam	250 Fl.	Kurz	141¼	141
do.	250 Fl.	2 Mt.	140¾	140½
Hamburg	300 Mk.	Kurz	150¼	150
do.	300 Mk.	2 Mt.	149⅝	149⅜
London	1 Lst.	3 Mt.	6 22½	6 22¼
Paris	300 Fr.	2 Mt.	80 1/12	79 11/12
Wien in 20 Xr.	150 Fl.	2 Mt.	86	—
Augsburg	150 Fl.	2 Mt.	101⅞	—
Breslau	100 Thlr.	2 Mt.	—	99¼
Leipzig in Courant im 14 Thlr. Fuss	100 Thlr.	8 Tage	99¾	—
		2 Mt.	99¼	—
Frankfurt a. M. südd. W.	100 Fl.	2 Mt.	—	56 14
Petersburg	100 SRbl.	3 Wochen	107¼	107

Inländische Fonds, Pfandbrief- und Geld-Course.

	Zf	Brief.	Geld.	Gem.		Zf	Brief.	Geld.	Gem.
Preuss. Freiw. Anl.	5	106⅞	106⅜		Ostpr. Pfandbr.	3½	—	—	
do Staatsanl. v. 1850	4½	100¼	—		Pomm. Pfandbr.	3½	96¼	95¾	
St. Schuld-Scheine	3½	86¼	85⅝		Kur- u. Nm. Pfdbr.	3½	96½	—	
Seeh.-Präm.-Sch.	—	113½	113		Schlesische do.	3½	—	—	
K. u. Nm. Schuldv.	3½	—	—		do. Lt. B. gar. do.	3½	—	—	
Berl. Stadt-Obl.	5	104¼	—		Pr. Bk.-Anth. Sch.	—	99	98	
do. do. do.	3½	84¼	—						
Westpr. Pfandbr.	3½	91¼	90¾		Friedrichsd'or	—	13 7/12	13 1/12	
Grossh. Posen do.	4	—	101		And. Goldm. à 5 Th.	—	11⅞	11⅜	
do. do.	3½	—	90½		Disconto	—	—	—	

Ausländische Fonds.

	Zf	Brief.	Geld.	Gem.		Zf	Brief.	Geld.	Gem.
Russ. Stiegl. 2. 4. A.	4	—	92½		Poln. Pfdbr. a. a. C.	4	96½	—	
do. v. Rothsch. Lst.	5	111	—		do. neue Pfdbr.	4	96⅛	—	
do. Engl. Anleihe	4½	97⅛	96⅝		do. Part. 500 Fl.	4	81¾	—	
do. Poln. Schatz-O.	4	80⅝	—		do. do. 300 Fl.	—	—	137	
do. do. Cert. L. A.	5	95	94½						

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien. Der Reinertrag wird nach erfolgter Bekanntmachung in der dazu bestimmten Rubrik ausgefüllt. Die mit 3½ pCt. bez. Actien sind vom Staat garantirt.	Börsen-Zins-Rechn.	Rein-Ertrag 1849.	Tages-Cours.	Prioritäts-Actien. Sämmtliche Prioritäts-Actien werden durch jährliche Verloosung à 1 pro Cent amortisirt.	Zinsfuss.	Tages-Cours.
Berl. Anh. Lit. A. B.	4	4	95½ etw. bz. u. B.	Berl. Anhalt	4	95 G.
do. Hamburg	4	4½	91½ B. ¼ G.	do. Hamburg	4½	100¾ G.
do. Stettin-Starg.	4	5⅕	106 G.	do. II. Serie	4½	99 G.
do. Potsd.-Magd.	4	1¾	65¼ à 65 bz.	do. Potsd. Magd.	4	92¾ bz.
Magd.-Halberstadt	4	8	133½ B.	do. do.	5	101¾ B.
do. Leipziger	4	12½	—	do. do. Litt. D.	5	101 G.
Halle-Thüringer	4	2	64¾ B.	do. Stettiner	5	104¼ G.
Cöln-Minden	3½	—	97¾ bz. u. G.	Magdeb.-Leipziger	4	—
do. Aachen	4	1	42½ à 43 bz.	Halle-Thüringer	4½	99¼ G.
Bonn-Cöln	5	—	—	Cöln-Minden	4½	101½ B.
Düsseld. Elberfeld	5	4½	95 bz.	do. do.	5	103⅜ à ½ bz.
Niederschl.-Märk.	3½	3½	82⅞ B.	Rhein. v. Staat gar.	3½	—
do. Zweigbahn	4	—	—	do. I. Priorität	4	89 G.
Oberschl. Lit. A.	3½	5 7/12	108¼ B.	do. Stamm Prior.	4	—
do. Lit. B.	3½	5 7/12	105 B.	Düsseld. Elberfeld	4	91 G.
Cosel-Oderberg	4	3½	86 B.	Niederschl.-Märk.	4	94⅞ B.
Breslau-Freiburg	4	—	—	do. do.	5	103¾ B.
Krakau-Oberschl.	4	5	70¾ B.	do. III. Serie	5	103 G.
Berg-Märk.	4	—	39½ B.	do. Zweigbahn	4⅓	—
Stargard-Posen	3½	3½	81¾ bz.	Magdeb.-Wittenb.	5	99½ bz.
Brieg-Neisse	4	—	—	Oberschlesische	3½	—
Magd.-Wittenb.	4	—	57¼ B.	Krakau-Oberschl.	4	85½ B.
				Cosel-Oderberg	5	101 B.
Ausländische Actien.				Breslau-Freiburg	4	—
Friedr. Wilh. Nrdb.	4	—	39 5/12 bz.	Bergisch-Märk.	5	99½ G.
do. do. Prior.	5	—	98 B.			

Schluss-Course von Cöln-Minden 97¾ G. Preuss. Bank-Anth. 98½ à ⅝ bez.

BERLIN, 12. September.

Weizen nach Qualité 56 — 60 Rthlr.
Roggen loco 33 — 35 Rthlr.
— p. Sept./Oktober 32¾ u. 33 Rthlr. bz. u. G.
— p. Okt./Novbr. 33¼ Rthlr. bez., 34 Br., 33½ G.
— p. Frühjahr 1851 37½ à 38 Rthlr. bez. u. G., 38¼ Br.
Gerste, grosse, loco 27 — 29 Rthlr., kleine 24 — 26 Rthlr.
Hafer, loco nach Qualité, 18 — 20 Rthlr.
— 50pfd. pr. Septbr./Oktbr. 18½ Rthlr.
— 48pfd. pr. Frühjahr 20½ Rthlr. Br., 20 G.
— 50pfd. 21 Rthlr. Br., 20½ G.
Erbsen 40 — 45 Rthlr.
Rüböl loco 13 Rthlr. bez. u. Br., 12⅞ G.
— Septbr. 12⅝ Rthlr. Br., 12⅔ G.
— Septbr./Oktbr. 12⅔ Rthlr. Br., 12 7/12 bez., 12½ G.
— Oktober/Novbr. u. Novber./Dezemb. do.
— Dezb./Jan. 12 7/12 Rthlr. Br., 12½ bez. u. G.
— Jan./Febr., Febr./März do.
— März/April 12⅜ u. 12 5/12 Rthlr. bez., 12½ Br., 12⅓ G
— April/Mai 12⅜ u. 12½ Rthlr. bez., 12½ Br., 12⅜ G.
Spiritus loco ohne Fass 15 1/12 à 15½ Rthlr. verk.
— mit Fass p. Sept. u. Sept./Okt. 15½ Rthlr. Br., 15⅓ G.
— Okt./Nov. 15½ Rthlr. bez. n. Br., 15⅓ G.
— Früjahr 1851 16½ à 17 Rthlr bez. u. G.

Posener Markt-Bericht vom 13. September.

	Thl.	Sgr.	Pf.	bis Thl.	Sgr.	Pf.
Weizen, d. Schfl. z. 16 Mtz.,	1	27	9	2	6	8
Roggen dito	1	6	8	1	11	1
Gerste dito	1	1	1	1	5	7
Hafer dito	—	17	9	—	20	—
Buchweizen dito	1	1	1	1	3	4
Erbsen dito	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln dito	—	13	—	—	15	—
Heu, d. Ctr. z. 110 Pfd.,	—	20	—	—	25	—
Stroh, d. Sch. z 1200 Pfd.,	5	—	—	6	—	—
Butter, ein Fass zu 8 Pfd.,	1	15	-	1	17	6

Marktpreis für Spiritus vom 13. Septbr. (Nicht amtlich.) Pro Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles 14⅓ — 14½ Rthlr.

Madame **Elise Czabon**,
(früher Pohl Beisteiner),
erste Sängerin des Theaters alla Scala zu Mailand und Ehrenmitglied der philharmonischen Gesellschaften in Florenz, Verona, Bologna &c., veranstaltet Sonntag am 22. September 1850 in der **Wasser-Heil-Anstalt zu Dembno** um 7 Uhr Abends ein

Vocal-Concert,

nach welchem ein Ball stattfinden wird.

Programm.

1) Arie aus der Oper «Masnadiero«, von Verdy.
2) Die drei Soldaten von Breton, von Henrion.
3) Cavatina alla Polaca, aus der Oper „Adelia", von Donizetti.
4) Rondo aus der Oper «Cenerentola», von Rossini.

Preise der Billets:
am 1. Platz ein Billet 1 Thaler.
= 2. = drei Gulden polnisch.

Deutsche Reform,

politische Zeitung für das constitutionelle Deutschland.

Mit dem 1. Oktober d. J. beginnt ein neues Abonnement auf diese **täglich zweimal** erscheinende Zeitung, deren **Abendblatt** bereits mit den Nachmittags von hier abgehenden Eisenbahnzügen versandt wird. Alle Post-Aemter nehmen Bestellungen an; der Preis für das Quartal beträgt für Berlin 1 Rthlr. 20 Sgr. (mit Bringelohn 2 Rthlr.), in ganz Preußen 2 Rthlr., in allen übrigen deutschen und den zu Oesterreich gehörigen nichtdeutschen Staaten 2 Rthlr. 12 Sgr., Porto eingeschlossen.

Die Deutsche Reform vertritt die Grundsätze einer konservativen Politik auf dem Boden der bestehenden Verfassung und macht sich besonders die Vertheidigung des Regierungs-Systems zur Aufgabe, welches seit dem November 1848 die Entwickelung der öffentlichen Freiheit mit den Erfordernissen einer kräftigen Regierung zu verbinden, und für Deutschland, wie für Preußen, den Weg einer heilbringenden Neugestaltung anzubahnen gewußt hat.

Unser Blatt ist durch die besten Quellen in den Stand gesetzt, sichere und genaue Nachrichten aus allen Theilen der Verwaltung zu geben, und bringt täglich telegraphische Mittheilungen über wichtige Vorgänge in allen Theilen der Monarchie und von auswärts.

Die Redaktion hat dem Feuilleton, für welches tüchtige Kräfte in den verschiedenen Zweigen der schönen Literatur und den allgemeinen Wissenschaften gewonnen sind, eine besondere Aufmerksamkeit und Sorgfalt zugewandt und wird hierin fortfahren.

Wir machen zu gleicher Zeit das Publikum, besonders die Gewerbe- und Handelswelt auf den Anzeiger der Deutschen Reform aufmerksam, welcher bei der großen Beachtung, die diesem Blatte in neuester Zeit sich zugewendet hat, den Annoncen eine große Verbreitung sichert. Die Gebühren betragen für die Zeile 1½ Sgr., und nimmt auch Herr Heinrich Hübner in Leipzig Inserate für uns an.

Berlin, September 1850.

Expedition der Deutschen Reform.

Bei **J. J. Heine**, Markt 85., ist vorräthig:
Steffens, K., Allgemeiner Volks-Kalender für 1851. Elegant brochirt mit saubern Stahlstichen und Holzschnitten. Preis 12½ Sgr.

Bei **E. S. Mittler** in **Posen** sind zu haben:
1) **Volks-Kalender für 1851**, von K. Steffens, mit 8 Kupfern. 12½ Sgr.
2) **Deutscher Volkskalender f. 1851**, von Dr. C. F. August, mit einer Bildergallerie aus der Deutschen Geschichte. 10 Sgr.

Ein Lehrling, mit den nöthigen Schulkenntnissen versehen, findet sofort Unterkommen bei
Moritz S. Auerbach,
Comptoir: Dominikanerstraße.

Die durch hohen Ministerial-Erlaß vom 16. Februar d. J. für ganz Preußen genehmigte

Berliner Aussteuer-, Sterbe- und Unterstützungs-Kasse

nimmt durch Vermittelung der Unterzeichneten Anträge von 100 bis 1000 Thlr. an und zahlt nach 2 Jahren die Hälfte und nach 5 Jahren die ganze Versicherungssumme aus.

Nähere Auskunft ertheilen jederzeit
die Hauptagenten
Hirschfeld & Eichborn in Posen,
Kämmereiplatz Nr. 18. a. d. Brodhalle.

---

500 Eichen und 3000 Kiefern stehen zum Verkauf, theilweise oder im Ganzen, in dem Groß-Sokolniker Forste bei Samter, zwei Meilen vom Wartha-Flusse.

Tanz-Unterricht.

Im Laufe Septembers werde ich wieder in Posen eintreffen, um Unterricht im Tanzen &c. nach meiner bekannten gründlichen Methode zu ertheilen.

Auf resp. Verlangen bin ich bereit jeden Cirkel zu leiten.
A. Eichstädt,
Tanz- und Ballet-Lehrer.

Allerbesten Russ. Tafel-Bouillon, große grüne Orangen und allerbeste neue Heringe empfing
J. Ephraim, Wasserstraße **No. 2.**

Bairisch Bier.

Ich bin jetzt im Stande, dieses Bier mit 1 Sgr. die Flasche oder Kuffel zu verabreichen, was ich dem geehrten Publikum zur geneigten Kenntniß bringe.
Posen, Berlinerstraße No. 13.
Tschackert, Restaurateur.

Weintrauben,

täglich frisch abgeschnitten, empfiehlt und sind gegen Franco-Einsendung des etwanigen Betrags durch die Post zu beziehen
vom Weinbergsbesitzer
Roland sen. in Grünberg.

Der zweite Transport des **Berliner Josty-Bieres** ist angelangt und wird Flaschenweise verabreicht bei
R. Czarnikow, Hôtel de Dresde.

Das schönste **Schweinefleisch zu 3 Sgr. das Pfund** verkauft
A. Röschke,
Fleischermeister, Neuestr. No. 4.

Frische Wurst und Schmorkohl
heute Sonnabend den 14. d. M. bei
Th. Krätschmann im Hôtel de Vienne.

Feldschlößchen am Damm

Heute Sonnabend den 14. September: Wurst-Picknick, wozu freundlichst einladet
F. Zimmermann.

Dem evangelischen sogenannten Kirchen-Collegium.

Meine Herren! Zu unserm Bedauern haben wir aus Ihrer Anzeige in No. 209. nicht erfahren, welche Unwahrheiten und Entstellungen wir uns haben zu Schulden kommen lassen, — welches die vorgesetzte Behörde ist, die schon jetzt im Stande und competent seyn soll, in dieser Angelegenheit eine Entscheidung zu fällen und auf welchen Beweisen Ihr angebliches Präsentations-Recht beruht. Dies jetzt unser letztes Wort. — Ausführlich treffen wir uns bald auf anderm Felde wieder. —
Der schon genannte Theil in O.

Den 15. September das letzte Konzert des A. v. Kątski in Bromberg.